Erscheint alle 14 Tage Mittwochs. Abb.-Schluß: Sonntag.
Monats-Abonnement 0,30 Goldmark.
Anzeigenpreis: 4 mmspaltige Petitzeile (Mathbreit. entspricht) 0,20 Goldmark. Stellenanzeig. u. Anzeigen die Zeile.

Der Schuhmacher

Verantwortlicher Redakteur: Otto Trefflich, Nürnberg. Fernspr.-Anschl. 408 Verlandfg. u. Redakt.: Nürnberg 1, Essenweinstraße 1,1 Zahlungen: Postscheckkonto 3989 Expedition „Der Schuhmacher" Nbg.

Organ des Zentralverbandes der Schuhmacher
und Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Schuhmacher und verwandten Berufsgenossen

Nummer 44 (47. u. 48. Woche) — Nürnberg, den 28. November 1923 — 37. Jahrgang

Die Beitragsregelung von der 47. Woche ab.

Die Regelung der Verbandsbeiträge erfolgt nunmehr, wie die Entlohnung, auf Goldlohnbasis. Der amtliche Berliner Dollarkurs (Mittelkurs) vom Mittwoch jeder Woche (in Billionen angenommen) wird mit 42 dividiert. Das Ergebnis ist der Wochenbeitrag, der in der niedrigsten Beitragsklasse als Wochenbeitrag zu zahlen ist. In der zweiten Beitragsklasse ist der doppelte, in der dritten Klasse der dreifache Beitrag zu erheben und so fort, so daß in der siebenten (höchsten) Beitragsklasse der siebenfache Beitrag wie in Klasse eins zu erheben ist. Hierzu treten dann in allen Klassen noch die Lokalzuschläge. Die Umrechnung der Beitragsmarken nach Beitragswochen gilt noch wie vor. Da nun noch höhere Beitragsklassen in Betracht kommen, ist eine Neueinteilung der Mitglieder in Beitragsklassen je nach dem Einkommen dem einzelnen vorzunehmen. Es hat zu gelten bei einem

Durchschnitts-Grundverdienst	bis zu 10 Goldpfg.	Beitragsskl. 1 : 10 Goldpfg.	Beitrag
„ von 10 - 20	„	„ 2 : 20	„ „
„ „ - 20 - 30	„	„ 3 : 30	„ „
„ „ - 30 - 40	„	„ 4 : 40	„ „
„ „ - 40 - 50	„	„ 5 : 50	„ „
„ „ - 50 - 60	„	„ 6 : 60	„ „
„ „ - über 60	„	„ 7 : 70	„ „

Die Beitragsätze in Papiermark für diese Klasse wird diese Woche nach einer Berechnungsbasis festgesetzt. Am Mittwoch den 21. November, war der Dollarbeleihungs (Mittelkurs) 4200 Billionen. Diese Zahl durch 42 geteilt, ergibt für Klasse 1 für einzelne (die 47.) Beitragswoche einen Beitrag von 100 Milliarden, in der höchsten Klasse, bei Siebenfache, also 700 Milliarden Mark. Der Wiedereinführung der Milliardenzahlen (wieviel sich auch auch in unserem Beitragswesen ab. Unsere Zeitung liegt natürlich genau so verhältnismäßig, wie alles und jedes unter der jetzt extremsten Goldmarktrennung in die Höhe geht. Die Erhöhung erfolgt nun für alles in gleichem Verhältnis und automatisch. In dem Verhältnis wie die Goldlöhne, steigt der Verbandsbeitrag. Wir müssen das mitmachen, wollen wir uns die Stärke im Kampf unseren Verband, nicht aufschlagen und vernichten lassen!

Das muß jedes Verbandsmitglied einsehen. Es darf nicht mehr vorkommen, daß sich der einzelne um bestimmte Beitragsklasse, in die er hineingehört, herumdrücken will. Wir müssen dann bald mit unserem Verband überhaupt am Ende. Was das bedeuten würde, daß brauch, was nachzusagen würde, wenn es soweit käme, haben sich diejenigen, die sich um den richtigen Beitrag drücken möchten, vielleicht noch gar nicht ernstlich überlegt.

Die Verringerung der Zahl der Beitragsstaffeln soll die Geschäftsführung vereinfachen, denn bei dem fortschreitenden Geldschwund kleinere Beiträge müßt der Beitrag schließlich in runder Summe gezahlen werden. Unter 10 Goldpfennig kommt in der niedrigsten Klasse nicht herunter gegangen werden. Es ist auf der anderen Seite auch nicht zuviel verlangt, daß Kollegen, die einen Grundlohn von 10 Goldpfennigen überschreiten, in der obersten Beitragsklasse ihren Beitrag zahlen, abgesehen davon, daß bei Auszahlungen in Papiermark der Lohn so und eine unausgesprochene Unterstützung erfährt.

Wir wissen nur eins: Fanatisieren! Der dem Kriege wurde an sehr vielen Orten in der höchsten Klasse ein höherer Beitrag als 70 Pfg. erhoben. Viele Kollegen, die im Jahre vorzeitig nicht ohne Sorgen gehörten der obersten Beitragsklasse an, es gab Berufene, die überhaupt nur einen, und zwar ziemlich hohen Einkommensbeitrag bezahlten. Der Beitrag in der niedrigsten Klasse, der damals erhoben wurde, war 35 Pfg. in der Woche! Die jetzigen Beiträge sind also keineswegs so hoch angesetzt, liegen doch die Tariflöhne weit über dem Tarif! Bei Betrachtung der scheinbar hohen Papiermarksummen muß in Betracht gezogen werden, daß eine Papiermarkzahlung nur noch mit einem zehntel Pfennig zu bewerten ist.

Wir haben jetzt eine harte Zeit durchzukämpfen, alle Kräfte anzuspannen, um das Lohnniveau hochzuhalten! Die Pflicht der Selbsterhaltung gebietet dem klassenbewußten Arbeiter, in der Not seinem Mann zu stehen und seiner Organisation die Treue zu halten. Die Aeltesten unter uns haben Wirtschaftskrisen von der Schwere der jetzigen wiederholt erlebt. Dessen ungeachtet verzagten sie nicht, ihnen gab die schlimme Lage neuen Antrieb zum Kampf gegen die Ausbeutung. So ist es auch heute. Wenn wir uns selbst unterwerfen, verlieren wir den festen Boden, geben zugrunde. Das wollen wir nicht. Deshalb erhalten wir uns unsere Organisation. In Liebe und Anhänglichkeit schließen wir unserem Verband! Es muß in diesen Tagen diejenige Opferwilligkeit einsehen, die alle Verbandsmitglieder in den Gründungsjahren des Verbandes, in den Jahren der damaligen schweren Kampfsbedingungen ganz besonders auszeichnet hat. Auf diese Weise wird sich die Kollegenschaft bis zur Wiederkehr günstigerer Zeiten durchschlagen können.

Die Schattenseiten der Goldlöhne.

Es ist an sich nicht zu verwundern, daß der größte Teil des deutschen Volkes der nun jahrelang und bis zur völligen Erschöpfung die strächerlichste und reiste Steuer, nämlich diejenige der Geldentwertung getragen hat, seine letzten Hoffnungen auf die Einführung der wertbeständigen Währung und damit auch der wertbeständigen Löhne setzt. Die Forderung nach Goldmarklöhnen ist zu einem Schlagwort geworden, das nun schon seit geraumer Zeit in allen Diskussionen über Lohnfragen und dergl. wiederkehrt. Schon als dieses Schlagwort auftauchte, wurde von einsichtsvollen Volkswirtschaftlern davor gewarnt, von der Einführung der Goldlöhne allzu Heil zu erwarten. Die Entwicklung der letzten Zeit hat die Wahrheit dieser Art gerechtfertigt. Es hat sich herausgestellt, daß wir nach der Papiermarkteuerung in eine regelrechte Goldmarkteuerung hineingeraten sind. Ganz ähnlich wie in Rußland hat auch in Deutschland der Uebergang zu einer stabilen Währung zunächst die Norm erzeugt, daß aller Preise im Kleinhandel auf Goldbasis zur Folge gehabt. Da nun aber eine tatsächliche Goldwährung vorläufig nicht besteht, so konstruierte man sich ein solche in der Weise, daß man den Kurs der Goldmark auf Grund des jeweiligen amtlichen Dollarkurses berechnete. Man ging davon aus, daß im Frieden ein Dollar = 4,20 Goldmark war und errechnete so den Gegenwertkurs für die Goldmark. Hierbei ließ man zunächst außer acht, daß heute der Dollar in Amerika bei weitem nicht mehr die Kaufkraft der Vorkriegszeit hat. Der Dollar von heute ist ungefähr 70% weniger wert, als derjenige von 1914. Schon dieser grundlegende Fehler mußte zu einem völlig unzutreffenden Goldwertkurs führen. Es kommt aber hinzu, daß die Berliner Devisennotierungen wiederholt und so auch jetzt wieder künstlich von der Reichsbank niedergehalten werden, um der Mark zu stützen durch eine Morphiumspritze ein Weiterregieren bei der Ausgabe des wertbeständigen Geldes zu sichern. Der amtliche Berliner Dollarkurs erreichte in der letzten Zeit nur den vierten oder fünften Teil dessen, was man nach den ausländischen Marknotierungen für den Dollar zahlen mußte. Sogar an den schwarzen Börsen des Inlandes und besonders des besetzten Gebietes wurden die fremden Zahlungsmittel zum zwei- bis vierfachen amtlichen Kurse gehandelt. Hieraus ergab sich für den Warenhandel die Folge, daß er für sich Verluste kommen sah, wenn er nach dem amtlichen Berliner Dollarkurs kalkulierte, weil bei der Einfuhr von Fetten, Kolonialwaren, Rohkaffeen 2c. der viel ungünstigere Marktkurs des Auslandes in Anrechnung gebracht wurde. Um Verlusten zu entgehen, setzte der Handel einfach die Goldmarkpreise wiederholt in die Höhe. Die Arbeiter und Angestellten verschiedener Betriebe, die am 1. Oktober und 1. November zu Goldmarklöhnen übergegangen sind, kamen sehr bald in eine recht bedrängte Lage. Sie erhielten bei der Auszahlung Papiergeld auf Grund des jeweiligen amtlichen Dollarkurses, mußten aber die unangenehme Wahrnehmung machen, daß die Warenpreise in Goldmark berechnet von einem Lohntage zum anderen ganz bedeutend gestiegen waren. Die tatsächliche Kaufkraft des Arbeitslohnes hatte sich also trotz der Goldmarkbasis erheblich verringert. Nun werden wir in der zweiten Novemberhälfte hoffentlich die Rentenmark im Verkehr sehen.

Es wäre jedoch verfehlt, anzunehmen, daß damit die hier geschilderte Entwertung der Goldmarklöhne aufhören wird. Die Gleichschaltung weit wird sich nur sehr schwer durchführen können und wollen, die Goldmarkpreise wirklich derjenigen der Vorkriegszeit anzupassen. Die Tatsache, daß seit Januar die Warenenfuhr Deutschlands sich fortgesetzt verringert hat, und daß auch die inländische Produktion weit hinter dem Bedarf zurückbleibt, hat ebenfalls schon einen stählernen Mantel in jeder Beziehung zur Folge. Wenn jetzt im Verlaufe weniger Wochen eine ungeheuere zusätzliche Kaufkraft in Gestalt von vielen Millionen Dollar-Schatzanweisungen, Goldanleihen und einigen Milliarden Rentenmark geschaffen wird, so wirkt dies erneut preissteigernd auf die Goldmarkpreise. Unter diesen Umständen bedeuten fest: Goldmarklöhne keine Sicherung für die Arbeitnehmer.

Die Goldmarkpreise wurden von dem Handel von Anfang an bedeutend höher angesetzt als wie in Friedensjahren. Was nützt es aber dem Arbeiter, selbst wenn er zu denen gehört, die den vollen Lohn in wertbeständigem Geld (Goldanleihe usw.) ausgezahlt erhalten, wenn er beim Einkauf die Wahrnehmung machen muß, daß der Grundpreis der Waren immer höher geschraubt wird. Unter solchen Umständen schwindet auch das sogenannte „wertbeständige Geld" unter der Hand. Es sind hier behördlicherseits scharfe Maßnahmen am Platze, damit nicht die Handelswelt einfach die Goldpreise regulieren und höhaufsetzt wie es ihr gerade beliebt. Haben wir doch schon 3 bis 4fach höhere Goldpreise als in der Vorkriegszeit. Zwar hat sich, wie der „Deutsche Handelsdienst" erklärt, das Reichswirtschaftsministerium bereits mit einem eindringlichen Rundschreiben an die Länder gewandt und auch Besprechungen mit den Spitzenverbänden der Wirtschaft in die Wege geleitet, um Preisvereinbarungen auf Goldmarkbasis zu verhindern. Aber es wird, wie gesagt, um einen Erfolg zu sehen, viel energischer zugepackt werden müssen.

In gleicher Weise wie in der Uebergangszeit neben dem wertbeständigen Gelde auch die Papiermark in Umlauf bleibt und der amtliche Kurs der Rentenmark im Vergleich zu den ausländischen Devisenkursen erst erkennbar werden muß, sollten auch Goldmarklöhne nicht ohne eine gewisse Berücksichtigung der Warenpreisentwicklung vereinbart werden. Der neue Goldmarklohn, wo er ihn im Frieden hatten, kann erst festgesetzt werden, wenn die Warenpreise wenigstens annähernd stabil bleiben.

V. W.

Das neue Geld.

Wir werden nun in Deutschland in der nächsten Zeit ein buntes Durcheinander verschiedener Zahlungsmittel haben.

Das internationale Zahlungsmittel mit dem der Großkapitalismus dem Ausland gegenüber seine Zahlungsverpflichtungen deckt, sind Devisen und Auslandsnoten.

Diesen Zahlungsmitteln, hinter denen vollwertige Garantien stehen, gleichgestellt sind die Papiere der Dollarschatzanleihe, die Dollarschatzanweisungen, Papiere, die feinerzeit bekanntlich nur gegen Ablieferung von Devisen oder sonstigen Auslandswerten zur Ausgabe gelangten.

Als dritte Art des wertbeständigen Geldes kommen die Stücke der Goldanleihe in betracht, die auf Dollar lautend, bekanntlich gegen entsprechende Gegenwerte in Papiermark zur Ausgabe gelangten. Die Goldanleihe wird zunächst dasjenige wertbeständige Geld sein, welches doch noch auch für die Arbeiter in betracht kommen wird. Goldanleihepapiere waren bisher zum Gesamtbetrage von 200 Millionen Goldmark ausgegeben; nunmehr ist diese Grenze bis auf 500 Millionen Goldmark ausgedehnt worden. Die Goldanleihe stützte und trug sich bisher selber, d. h. sie wurde genau so wie die Dollardevise, zeitweise sogar auch noch etwas höher bewertet. Das konnte sie infolge der Zuteilung, daß sie vom 1. Januar 1924 ab in Rentenmark (näheres darüber weiter unten) eingelöst werden kann.

Die Goldanleihe ist bisher ausgegeben worden in Stücken von 1, 2 und 5 Dollar. Um schon in wenigen Tagen Zahlungsmittel auch über kleinere Beträge in den Verkehr zu bringen, ist sofort auch die Herstellung von Zwischenscheinen der Goldanleihe lautend auf 1/10, 1/4 und 1/2 Dollar vorgenommen worden. Aus den gleichen Gründen hat man jetzt auch den Gemeinden, Industriebetrieben und industriellen Verbänden das Recht eingeräumt, Notgeld, lautend auf 1/10, 1/4 und 1/2 Dollar zu drucken. Als Sicherheit für dieses Notgeld müssen Devisen, Dollarschatzanweisungen oder Goldanleihe bei der Reichsbank hinterlegt werden.

Die eigentlichen großen Stücke dieses wertbeständigen Zahlungsmittels tragen nicht die Aufschrift „Goldanleihe", sondern sie heißen „Schatzanweisungen des Deutschen Reiches". Daß die Stücke auf den ersten Blick in Bezug auf Form und Aufschrift den „Dollarschatzanweisungen" ähneln, hat Anlaß zu Verwechslungen gegeben. Als wesentliche Unterscheidung sei deshalb hier hervorgehoben, daß bei der Goldanleihe die Aufschrift „Schatzanweisung des Deutschen Reiches" den Zusatz trägt: „Ausgegeben auf Grund des Gesetzes vom 14. August 1923". Bei den Dollarschatzanweisungen heißt es dagegen: „Schatzanweisung des Deutschen Reiches von 1923. Gesetz vom 2. März 1923." Bei den zinsbogenlosen Stücken der Dollarschatzanweisungen ist übrigens der Zinsbetrag bereits dem Kapital zugezählt. Sie lauten auf einen höheren als den Nominalbetrag. Die Dollarschatzanweisungen werden schon 1926, die Goldanleihestücke aber erst im Jahre 1935 wieder eingelöst.

Das eigentliche Kernstück des Währungsumschwungs stellt die Rentenmark dar. Für diesen Währungsplan ist die „Deutsche Rentenbank" geschaffen worden, ein von der Reichsbank völlig unabhängiges Unternehmen. Die Rentenmark soll die Vorstufe zu einer wirklichen Reform der Währung bilden. Sie soll zunächst das eigentliche Währungsgeld für das Inland werden. Mit der Prägung von Münzen für das Rentengeld ist begonnen. Es werden neben Rentenmarkscheinen auch geschaffen: 1, 2, 5, 10 und 50 Rentenpfennigstücke.

Das Rentengeld ist durch eine Hypothekenbelastung der Landwirtschaft, der Industrie und des Handels gedeckt. Diese Wirtschaftszweige sollen verpflichtet sein, der neuen Währungsbank jährlich Goldzinsen zu zahlen, deren Höhe sich nach dem Wertbetrag richtet. Die Deutsche Rentenbank wird die Aufgabe haben, dem Verkehr die erforderlichen wertbeständigen Zahlungsmittel zur Verfügung zu stellen. Das Deutsche Reich erhält von der Rentenbank einen Kredit von 1000 Millionen Rentenmark (davon 300 Millionen sinkfreie, den Rest zu 6 Prozent), um die Staatsausgaben eine Zeitlang zu bestreiten, bis andere gesetzmäßige Einnahmequellen hierzu erschlossen sind. (Nach dem Währungsplan!) Die Herstellung von Papiermark-Noten ist mit der Ausgabe der Rentenmark sofort einzustellen.

Auf Gold- je einen über 500 Goldmark lautenden Goldrentenbriefes (Großstücke der Goldanleihe) dürfen von der Deutschen Rentenbank besondere, auf Rentenmark lautende Geldzeichen, sogenannte Rentenbankscheine im Betrage von 500 Rentenmark ausgegeben werden. Diese Rentenbankscheine, d. h. das neue Rentengeld, wird also durch die Goldrentenbriefe gedeckt. Der Kurs der Rentenmark wird demnach, wie mar annimmt, im wesentlichen bestimmt werden durch den Kurs der Goldrentenbriefe.

Die Rentenbankscheine sind als eine Zwischenlösung gedacht zur späteren neuen Währung. Man hofft, daß durch nachhaltigen Anlauf der Gold-Rentenbriefe sich die Menge der umlaufenden Rentenmark verringert und dadurch die Inflation eingedämmt wird. Durch die Einstellung der Reichsbank soll ebenfalls eine starke Einschränkung des Notenumlaufs herbeigeführt werden. Die Reichsbank soll Reichsbanknoten nach einem sich im Verkehr ergebenden Kurs gegen Rentenbankscheine auflaufen, die an den öffentlichen Kassen als Zahlungsmittel angenommen sind.

Im Publikum erhebt sich nun die Frage, welche Kaufkraft eigentlich die Rentenmark besitzt. Es taucht die Frage auf, ob es mit Hilfe der Rentenmark wieder möglich ist, Geld zur späteren Einkäufe zurückzulegen, also zu sparen.

Solange unsere amtliche Devisennotierung niedriger ist, als der Preis derselben im Auslande, wird wohl die Rentenmark nicht unter Dollarpariität liegen. Aber lange wird diese niedrigere Devisennotierung wohl nicht mehr erfolgen. Wie dann der Kurs der Rentenmark beschaffen sein wird, daß ist die Frage. Die zuständigen Stellen haben erst in letzter Stunde darüber beraten, ob man die Rentenmark nach der Art der Devisen an der Börse notiere, oder ob man die Ausbildung dem freien Verkehr überlassen soll. Man wird wohl kaum um die Notierungsbedürftigkeit herumkommen, den Kurs des neuen Geldes in gewissem Umfange zu regulieren. Jedenfalls sind die Zeiten noch nicht wieder da, wo man sorglos einen gewissen Sparsinnig zurücklegen konnte, abgesehen davon, daß es dazu in den Arbeiterfamilien zurzeit überhaupt nicht langt. Man wird also bestrebt sein, Geld, falls es sein es wolle, nicht liegen zu lassen, sondern wieder in Ware umzusetzen. Man muß die Frage der Möglichkeit eines stabilen Geldes vom Standpunkte des Volkswirtschaftlers betrachten. Es steht fest, daß unsere Einfuhr heute stärker ist wie die Ausfuhr. Nur eine Steigerung auf höheren Gebiete wird wieder vollwertiger zu machen und zu stabilisieren. Ein zweites Haupterfordernis ist, daß im Staatshaushalt endlich ein dauerhafter Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben geschaffen wird, d. h. daß die Ausgaben des Reichs durch wirkliche Einnahmen gedeckt werden.

Neben den genannten neuen Zahlungsmitteln bleibt die Papiermark weiter als „gesetzliches" Zahlungsmittel bestehen. Auf dem Verordnungswege sollte die Papiermark in ein festes Verhältnis zu den wertbeständigen Zahlungsmitteln gebracht werden. Durch diese Verkoppelung wird die Papiermark aber nicht gefestigt. Es kommt darauf an, was man in Wirklichkeit dafür kaufen kann. Die Sache wird sich in der Praxis so abspielen, daß überall derjenige im Vorteil ist, der in Rentenmark rechnen und kaufen kann. Die Kaufkraft der Papiermark im Inlande wird im Gegensatz zur bisherigen Entwicklung noch unter ihren Bäuferstürze liegen.

Nach einem neuerlichen Beschluß der Reichsregierung soll davon abgesehen werden, die feste Relation für die Einlösung der Papiermark sofort vorzunehmen. Es ist vielmehr in Aussicht genommen, den Einlösungskurs erst festzustellen, unmittelbar nachdem die Rentenmark aber Ausgabe gelangt ist und Papiermark nicht mehr hergestellt wird. (Die Ausgabe von etwa 300 Millionen Rentenmark sollte am 15. November erfolgen.) Gleichzeitig wurde eine Konvertionskasse gegründet zum Umtausch der Papiermark in Rentenmark. Der Gesamtbetrag der Papiermark, der am 15. November in Umlauf war, hat sich auf 300 Trillionen Papiermark.

Es dürfte auf jeden Fall kaum anders kommen, als daß wir einer sehr scharfen „echten", d. h. Goldmarkteuerung entgegengehen. Das heißt, wir haben es in der Preisgestaltung nicht nur mit einer Anpassung der Preise an die Goldentwertung zu tun, sondern die Preisbewegung am Waren- und Lebensmittelmarkt vollzieht sich in rascherem Tempo als die Aufwärtsbewegung der Devisen. Während die Einnahmen der breiteren Schichten der Bevölkerung nur in Papiermark fließen, muß bei jeder Ausgabe, die gemacht wird, mit einer Forderung auf Goldmarkbasis gerechnet werden. In dieser Weise haben sich ja auch in Rußland die Dinge von dem Augenblicke an entwickelt, wo man neben dem Papiermarkgeld ein wertbeständiges Zahlungsmittel, den Tschewonetz, setzte. Es ist notwendig, daß man sich über diese Zusammenhänge bestimmen klar wird und Vorkehrungen trifft, damit die erheblichen Schäden nicht wieder durch die neue Teuerung überrascht und ihrer Lebensmöglichkeit beraubt werden. Den Gehalts- und Lohnempfängern muß nicht nur im persönlichen, sondern im allgemeinen wirtschaftlichen Interesse die Bezahlung ehrlich geleisteter Arbeit in vollwertigem Gelde garantiert werden.

Die „echte Goldteuerung" und die Lohnfrage.

Die allgemeine Einführung der Goldmarkrechnung hat eine sehr scharfe „echte" Teuerung hervorgerufen. Nachdem man den Unternehmungen die Gewähr garantiert hat, Preisen der Ware die Geldentwertung sowohl im Groß- wie im Einzelhandel angerechnet hat, ist die Teuerung plötzlich echt und allein von den Lohn- und Gehaltsempfängern zu tragen. Der Handel ändert jetzt täglich nicht nur einmal, sondern sehr häufig in ganz merkwürdiger Weise seine Preise. Nicht nur die Lebensmittelpreise, sondern auch die Grundpreise wurden ganz empfindlich hinaufgesetzt. Der Lohn- und Gehaltsempfänger aber muß sich damit begnügen, daß bekanntlich bestimmt in der Woche, verschiedene Gehaltsstufen für die Gehaltsberechnung oder Lohnberechnung in Frage kommen. So ist die Warenverteuerung bedeutend rascher gemachten, als die Lohnaufbesserung nachzuholen vermochte. Das wertbeständige Geld, mit welchem die Gewerkbeamten bezahlt wurden, hatte ist am anderen Tage schon den doppelten Wert. Diese Preise, wovon wir die Teuerungsziffer alle wenigstens einigermaßen gedeckt. Der Lohn des Arbeiters in Papiermark aber heute immer am anderen Tage schon die Hälfte seiner Kaufkraft verloren.

Die Grundpreise aber zum bringendsten Arbeitsbedarfsartikel notwendigen Bedarfsartikel sind weit über die eigentlichen Arbeitspreise hinaufgetrieben worden. Die Gummiwaren, auch die Schuhindustrie, ist in ihren Grundpreisfestsetzungen weit über die Arbeitspreise hinausgegangen, so daß es zum jetzigen Zeitpunkt nicht mehr als unsittlich bezeichnet werden kann, wenn sich die Arbeiter mit einer Bezahlung auf der Basis des einfachen Grundpreises nicht mehr zufrieden

geben können. Die Ernährungslage der Arbeiterschaft wurde in vorigen Wochen soweit herumgerechnet, daß die Erhaltung der Arbeitskraft und der Arbeitsfähigkeit der arbeitenden Bevölkerung auf das dringlichste gefährdet ist. Wie die Lebensmittelpreise der letztlichen Wochen überschritten worden sind, belege nur einige Beispiele.

Es kostete in Goldpfennigen:

		1914	dagegen 1923 am	
1 Pfd. Brot	42	19. 11.	24,5 (also das dopplet. Goldpreis)	
1 Pfd. Schweinefleisch	70	17. 11.	350,0 (den sechsfachen Goldpreis)	
1 Pfd. Speck	80	19. 11.	400,7 (den fünffachen Goldpreis)	
1 Pfd. Rindfleisch	75	17. 11.	150,0 (den doppelten Goldpreis)	
1 Pfd. Rindertalg	70	19. 11.	110,0 (den zweifachen Goldpreis)	
1 Pfd. Margarine	80	19. 11.	170,0	
1 Pfd. Kartoffeln	4	19. 11.	5,0 (den fünffachen Goldpreis)	
1 Pfd. Reis	35	19. 11.	35,0 (den 1fachen Goldpreis)	
1 Pfd. Nudeln	60	19. 11.	60,0 (den 1fachen Goldpreis)	
1 Pfd. Bohnen	15	19. 11.	30,0 (den 1fachen Goldpreis)	
1 Pfd. Weißkraut	5	19. 11.	8,5 (den 1fachen Goldpreis)	
1 Pfd. Kartoffel	15	19. 11.	30,0	
1 Ltr. Milch	20	19. 11.	44,0 (den doppelten Goldpreis)	
1 Ltr. Petroleum	20	19. 11.	30,0 (den 1fachen Goldpreis)	
1 Pfd. Seife	35	19. 11.	70,0	
1 Pfd. Kerzen	40	19. 11.	80,0	
1 Straßenbahnfahrt	10	19. 11.	10,0	
1 Bildung	0	21. 11.	63,0 (den 63fachen Goldpreis!)	

Goldmarklohn — Dollarwert*).

Von K. Schwand.

Syndikus des Fürther Schuhfabrikantenverbands.

Das Lohnsystem in der Schuhindustrie vom 2. November 1923 sieht den Akkordstundenlohn eines männlichen Arbeiters über 21 Jahre errechnet auf 0,40 Goldmark, also den Wert von 56 Pfennigen zum Zeitpunkt vor dem 1. August 1914, mitdem auf voller Tatsache beruht, daß es 42 in Erscheinung. Nun kommt aber einmal, was nach meiner persönlichen Feststellung und mitgeteilten Urkunden mit dem Neuwert des Lohnes in Wirklichkeit nicht übereinstimmt: nämlich Zeitlohn 4 bis 5 Goldpfennigs (nehmen mit 4,20 Goldmark gleich einem Dollar; also heißt das Lohnsystem fest, ein Dollar heute ist gleich diesem Werte von 4,20 Goldmark. Das ist aber tatsächlich nicht der Fall in der Realisierung eines Dollars und der Goldmark. Denn der Dollar von heute hat keine Kaufkraft des ursprünglichen Wertes von 4,20 Goldmark, sondern nur von 2,10 (früher 2,60) Goldmark. Soll also der Lohn in Goldmark festgesetzt werden, und soll damit erreicht werden, daß die Arbeiterschaft nach wie vor ihren tatsächlichen Neuwert verzehrt werden muß und damit in weiterer Folge die Kaufkraft wieder auf ihre ursprüngliche Höhe gebracht und behauptet wieder kommt, so muß gesagt werden, daß ein Umrechnung von 4,20 Goldmarkwerte — Dollar ein Unsinn, wie er größer nicht zu verzeichnen ist. Ich möchte dazu hier zwei Beispiele:

1. Ergebnis nach dem Schuhstundenwert vom 2. 11. 1923:

47 Stunden zu je 0,40 GM = 18,80 GM : 4,20 = 4,476 Dollar Wochenlohn. Beispielsweise ist der Kurs des Dollars 60,000,000,000 Mark. Realistisch ergibt das einen Lohn in Papiermark von 4,476 × 60 Billiarden = 268,56 Billiarden Papiermark.

Unterstreicht man nun dieses Ergebnis einer Kritik, so muß in erster Linie festgestellt, daß mit einem Wochenstundenlohn von 18,80 Goldmark die Lohnbewertung sehr niedrig arbeitet ist und daß ich in zweiter Linie damit ausgesprochen werden kann, als mit der Papiermark zum gleichen Zeitpunkt. Der Vorteil liegt nur darin, daß eben das Zahlungsmittel selbst vorübergehend in gegenüber der Lohnentwicklung und erhöhten Papiermark. Aber die Tatsache bleibt bestehen, daß der Lohn zu niedrig arbeiten ist, was er nun in Goldmark Tatsache sein oder in Papiermark umrechnen und ausgedrückt werden. Wenn die Papiermark stabil bliebe, wäre der Lohn in Goldmark ebenso falsch bemessen als in Papiermark.

2. Ergebnis nach dem Neuwert des Dollars.

47 × 0,40 = 18,80 : 2,10 = 8,963 Goldmarkwert nach heutigem Wert in Gold. 8,963 Goldmark sind aber 8,963 × 4,20 Goldmark oder 37,64 Goldmark pro Woche.

Dieses Ergebnis ergibt die Realität im unscheinbaren früheren Wert des Goldes, der Arbeitskraft und der heutigen Kaufkraft. Denn die Hauptpreise bauen sich bei Goldmarkberechnung nicht etwa auf der Unterlage auf, daß ein Dollar wie ursprünglich 4,20 Goldmark, sondern nur 2,10 Mark wert ist. Daraus ergibt sich, daß die Verkaufspreise nach Dollarbasis auf Goldmarkbasis errechnet bemessen werden müssen, das heißt, wenn die Goldmarksumme durch 4,20 geteilt wird und dann in Papiermark umgerechnet wird, ein viel zu niedriger Preis herauskommt. Und wenn die Goldmarksumme durch 2,10 geteilt wird, sich der ursprünglichen und tatsächlichen, noch heute geltenden Neuwerte des Dollars ergibt und daß nur nach dieser Berechnungsweise der richtige Friedensgoldmarkpreis errechnet werden kann, wenn aber vom Dollar ausgegangen und bleiben zu 4,20 Goldmark angenommen wird, ein Wert, den der Dollar in der Kaufkraft gar nicht mehr hat, dann errechnet sich ein viel zu hoher Goldmarkpreis und kann somit eben die Zahlungsmittel zwischen Goldmarkwert auf der Basis von 4,20 Goldmark = 1 Dollar und der Zahlungsmittel 1 Dollar = 4,20 Goldmark und umgekehrt zu rechnen die Erscheinung. Die Folge ist, daß der Lohn viel zu niedrig geleistet ist und daß der Lebenshaltung ausübt, trotzdem doch nicht höher erhöht zu werden. Also ist auf diese Rechnungsweise des Lohnabkommens vom 2. November 1923 weder die Leistung arbeitsmäßig noch die Kaufkraft der Bevölkerung zu heben und damit die Betriebe wieder in Gang zu bringen rein unmöglich. Es ist alles beim alten geblieben; die Verzerrung liegt nur beim Verteil, bei wenigstens zu erwähnten 18,80 Mark Lohn in Goldmark verzeichnis bleiben. Wo ist aber dieses wertbeständige Zahlungsmittel, daß an der Berliner Börse notiert oder nicht notiert wird? Es sei wohl bereits noch kommen — vielleicht erst, wenn der Dollar über dem Berg, d. h. alles erledigt ist, die „Wertbriefe und Wangen an Arbeitsmittel, der Arbeiter aus . . . . . (ich will dieses Wort in Berücksichtigung der Umstände besser nicht aussprechen). Aber es ist ebenso nicht wieder weiter, und wenn man mit — nicht vorhandenen, also nur gedachten Goldmark — und mit ebenso gedachten nicht vorhandenen sogenannten wertbeständigen Zahlungsmitteln rechnet. Es darf heißen: Dollar = Goldmark, sondern es muß heißen:

Zeitlohn, Kaufpreis und Kaufkraft = Goldmark und
Die Dollar = 2,10 Goldmark.

Denn trifft man das Richtige. Alles andere ist allerdings unserer Rechnerei, die einem schließlich noch Kopfschmerzen, der Arbeiterschaft alles wie vor dem 1. August 1914 . . . . . Das braucht sich wieder nicht niemand einzubilden!

*) Diese von einem Vertreter des Unternehmertums und zur Verfügung gestellten Ausführungen erscheinen und unseren Bedenken, als ist in Bezug auf die Frage der Bewertung der Geschäftsaufsicht Unsere Interesse der Lohnfrage verschiedene Anregungen bieten. Es ist dann bemerkt der Lohnes außerhalb für uns nichts Neues gesagt. Besonders ist den letzten Lebensmittelpreis in von zum Arbeiterverteuern wiederholt das Moment mit aller Schärfe hervorgehoben worden, daß die Umwertung des Lohnes gegenüber der Preisentwicklung bei der heutigen Wohnsituation Berücksichtigung finden muß.

Anmerkung der Redaktion. Wir wollen es zunächst dahingestellt sein lassen, ob die Schlußfolgerung des Artikels tatsächlich und mit Bestimmtheit den einzigen und richtigen Weg darstellt, der die Industrie aus der jetzigen Misere herausführen vermochte. Insoweit stimmen wir mit dem Verfasser völlig überein, daß unter ungesunden Preisgestaltungen, die den Realwert der Lohneinkommen, d. h. die Kaufkraft, herunterdrücken, nie auf Ueberwindung des Wirtschaftselends zu rechnen sein wird. Denn die Industrie ist zum Wirtschaftsleben zu rechnen sein wird. Denn die Industrie ist zum Wirtschaftsleben zu rechnen sein wird. Wenn die Dinge sich nun so entwickelt haben, daß die Verkaufspreise nach einem um 55,5 Prozent „aufgewerteten" Dollar kalkuliert werden, den Prozentsatz, um auf den richtigen Friedensgoldwertstand zu kommen, so darf auch dem Arbeiter eine solche Aufwertung des Goldlohnes nicht vorenthalten werden. Der Goldlohn von 18,80 Mark oder der jetzige Stundenlohn von 40 Goldpfennigen — für die Städte der Tarifklasse I jedenfalls als Friedensminimallohn kaum ausreichend hoch angesetzt — müßte demnach um 55,5 Prozent aufgewertet werden. Mit anderen Worten ausgedrückt: Um den Dollarrealwert aus 18,80 Mark, nämlich 8,963 Golddollar oder 37,64 Goldmark pro Woche zu erreichen, müßte der jetzige Stundenlohn von 40 Pfennig auf 62,2 Pfennig heraufgesetzt werden.

Ein Irrtum aber wäre es, anzunehmen, dieser Lohn vermöchte dann die Friedenslebenshaltung zu garantieren. Ein solcher Lohn würde vielmehr nur ein rechnerisches Vorkriegs-Realeinkommen. Denn die heutige Preisgestaltung, fast aller lebensnotwendigen Güter geht längst über die „echte" Dollar-Realität hinaus. Sie ist selbst in der Schuhbranche der Fall. Es muß dahingestellt bleiben, ob der Schuhhändler etwa seine Preise so kalkuliert: Mittlerer Friedenspreis eines Paar Stiefel 12,00 Mark (gleich 3 Friedensdollar), multipliziert mit 2,70 (jetzige Dollarrealität), ergibt als Verkaufspreis das 4,7fache des jetzigen Dollarstandes. Vielleicht sind die Fabrikpreise für Schuhe — ob zu recht oder zu unrecht, sei hier nicht untersucht — schon so hoch angesetzt. Es fehlt eben an einer starken Macht, die in der Allgemeinwirtschaft die Ueberschreitung der Dollarrealität verhindern müßte. Es bewahrheitet sich vielmehr treffend das Wort eines hervorragenden Volkswirtschaftlers des Auslandes: „Man solle endlich aufhören, alles an Friedensnormen zu messen." Es ist alles von Grund auf über den Haufen geworfen worden. Wenn man schon von einer Friedens-Lebenshaltung reden wollte, dann müßten die Bezüge der Lohn- und Gehaltsempfänger noch ganz, ganz anders aussehen.

Die Einschränkungen gegenüber der Vorkriegszeit, unter der alle Bevölkerungsschichten mehr oder weniger zu leiden haben, beruhen z. B. auch schon darauf, daß viele Bedarfsgüter heute gar nicht mehr käuflich sind, die vorhandenen an sich aber eine ganz unterschiedliche Preisentwicklung angenommen haben. Was der Arbeiter am dringlichsten braucht, hat gerade die höchsten Preise angenommen.

Die Ueberschreitung der Preisgestaltung über die „echte" Dollarbasis hinaus ist bereits seit Wochen erbartet durch die Ergebnisse der Statistik über die Lebenshaltungskosten. In der Woche bis zum 11. November giltten diese Kosten nach den Berechnungen der „Industrie- und Handelszeitung" von 762 Prozent bis zu 101,6 Prozent des Dollargoldniveaus, die der Ernährungskosten allein von 63,5 Prozent bis zu 162,6 Prozent hinauf. Damit sind die die Ernährungskosten bestimmenden Preissummen der Vorkriegskosten weit überschritten und ist zugleich das Niveau der Ernährungskosten der Vereinigten Staaten von Amerika überholt, das im September 146 Prozent des Friedensstandes ausmachte.

Der Beitragskassier sagt:

Zahle denjenigen Wochen-Beitrag, der dem Verbande zukommt. Denn der Verband und sein Wirken ist zugleich auch für einen jeden Kollegen ein Stück von der Existenzfrage. Zahle den Beitrag regelmäßig jede Woche. Bleibe damit nicht im Rückstande, weil es sonst zu schwer ist, nachzukommen. Schuldenmachen ist eine schlechte Gewohnheit. Hebe nicht den größten Schund an Geld für den Verbandsbeitrag auf, damit mit dem Gelbe auch noch etwas anzufangen ist. Glaube nicht, daß du mir, dem Kassierer, den Beitrag zahlst. Du zahlst ihn einer Einrichtung, die mehr Gutes für dich und deine Familie getan hat, als irgend eine andere, die täglich und stündlich auch in deinem Dienste steht. Die Beiträge kommen in die Kasse des Verbandes. Dessen Vermögen ist das Vermögen aller Mitglieder, auch deines. Der Kassierer ist nur der Vermögensverwalter des Verbandes. Darum erschwert es mir nicht, diese Aufgabe so wie es sein muß, auszuführen.

Notmaßnahmen der Gewerkschaften.

Die Gewerkschaften befinden sich infolge der sich überstürzenden Geldentwertung durchgängig in finanzieller Bedrängnis. Neuerdings findet die Not ihren Ausdruck in der Beschränkung des Umfangs der Verbandsorgane. Fast alle Verbandsorgane erscheinen zurzeit nur noch zwei Seiten stark. Verschiedene kommen nur noch 14tägig heraus, einzelne in noch größeren Zwischenräumen. So erscheint z. B. die „Leder-Arbeiterzeitung" vorerst nur noch einmal im Monat. Auch die Auflage ist bei einer Reihe von Blättern herabgesetzt. So leistet der Tabakarbeiter-Verband nur noch auf je 4 Mitglieder eine Zeitung. Die „Ameise", das Organ des Porzellanarbeiterverbandes, kann nur noch, daß die Einschränkung auf die Hälfte des Bedarfes nicht mehr genügt. Das Blatt erscheint künftig nur noch in ein einer Auflage von 600 Stück, so daß an etwa 13 Mitglieder ein Blatt entfällt.

Um der Finanzsalamitäl Herr zu werden, haben die verschiedenen Verbände scharfe Maßnahmen ergriffen. Zahlreiche Verbände, in deren Beruf die Geschäftslage noch einigermaßen günstig stand, haben zeitweilig, einige auch auf die Dauer Doppelbeiträge erhoben. Im Bekleidungsarbeiterverband wird seit dem 1. Oktober neben dem regelmäßigen Beitrag ein wöchentlicher Spezialbeitrag im Höhe eines Stundenlohnes erhoben. Für Kurzarbeiter ist je nach der Dauer der Arbeitszeit die Beitragshöhe abgestuft. Der Bergarbeiterverband hatte zunächst nur für September einen Urlaubsbeitrag in Höhe eines Wochenlohnes vorgesehen, der nun aber fortlaufend weiter erhoben werden mußte. Der Verband der Lebensmittel- und Getränkearbeiter hatte ebenfalls im September den doppelten Beitrag erhoben; vom 1. Oktober ab trat eine dauernde Beitragserhöhung in Kraft. In den meisten Verbänden hat man außer anderen Einschränkungen auch bereits zu Kündigungen und Entlassungen von Angestellten schreiten müssen, obwohl die Arbeitskraft unter den fortgesetzt notwendigen Anpassungsmaßnahmen sich bereits vermehrt hat. Schließlich sehen sich die Verbände gezwungen, die sozialen Unterstützungen vorübergehend außer Kraft zu setzen. Im Bekleidungsarbeiterverband erfolgte die Auflösung der Reise-, Kranken-, Sterbe- und Umzugsunterstützung bereits im Oktober. Seit einigen Wochen sind mit der Auflösung der Unterstützungen auch der Tabakarbeiterverband, der Zimmererverband und der Verband der Zimmerer und andere nachgezogen. Die Finanzschwierigkeiten sind hauptsächlich in dem unerhörten Wertverfall des Beitragsgeldes begründet, die dieses endlich die Verbandshauptkasse erreichte. Es ist zu hoffen und zu wünschen, daß das neue wertbeständige Geld die Möglichkeit bietet, die Gehalten des Wertschwundes der Beitragsgelder zu überwinden, wobei rasche Ueberweisung der Gelder nach wie vor ein Gebot der Notwendigkeit ist.

Wirtschaftszahlen (Geldkurse und Lebenshaltungsindex)

(Angabe in Millionen).

Datum	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
8. Nov.	600 000	1 200	481 976	180 375	600 000	10 500	110 000 (8,11)	—	6,000
12. „	750 000	1 500	481 976	180 375	gestrichen	—	—	—	6,000
13. „	600 000	1 800	481 976	180 375	gestrichen	—	—	—	6,000
13. „	1 000 000	2 000	962 000	200 500	gestrichen	—	200 000	—	6,000
14. „	1 300 000	3 000	1 282 150	200 500	gestrichen	—	—	—	6,000
15. „	3 500 000	6 000	2 626 300	601 500	gestrichen	15 000	—	—	6,100
16. „	3 500 000	6 000	2 626 300	601 500	3 700 000	—	—	—	6,100
19. „	3 500 000	6 000	2 626 300	601 500	gestrichen	—	—	—	6,100
20. „	4 300 000	10 000	4 310 500	602 500	gestrichen	—	—	—	6,10
22. „	4 300 000	10 000	4 310 500	602 500	gestrichen	255 000	—	—	6,10
23. „	4 300 000	10 000	4 310 500	602 500	gestrichen	—	—	—	6,10
26. „	4 300 000	10 000	4 310 500	602 500	gestrichen	—	—	—	—
	↑ + 170,0%		↑ + 155,0%		↑ + 235,0%				

Mitteilungen.

Größte Postgebühren.

Am 20. November lief ein Fernbrief 5 Milliarden Mark, die Postpaketkarte 10 Milliarden, die Zeitungen bis 20 Gramm 4 Milliarden, bis 50 Gramm 8 Milliarden, bis 100 Gramm 12 Milliarden, bis 250 Gramm 20 Milliarden, bis 500 Gramm 24 Milliarden und bis 1000 Gramm 30 Milliarden. Geschäftspapiere und Mitteilungen (offene Sendungen von Mitgliedsbüchern, Geschäftskarten, Mitgliedskarten, heraus aber briefliche Mitteilungen nicht beiseite werden können) im Gewicht bis zu 250 Gramm kosten 20 Milliarden Mark Porto. Die Sendung muß die Bezeichnung „Geschäftspapiere" tragen. Ab 1. Dezember gilt die Zeitungsgebühr bis zu 5 und 10 Pfennig heraus. Die Postgebühren werden von diesem Zeitpunkt ab wöchentlich geändert, indem der entsprechende Betrag in Goldpfennigen erhoben wird. — Für die Fernbriefgebühr ist ein neues Zahlungsverhältnis von Grundbriefen und Schreibgebühr eingeführt worden.

Vom 1. Dezember an werden neben den amtlichen Notenausgaben im Zahlungsverkehr auch Lagerscheine und Notenbanknoten eingeführt, was auch unsere Kollegen beachten mögen.

Die Besoldungsregelung in der Schuhindustrie.

Die Berechnung des Wochenverdienstes, den jeder einzelne Kollege nach den neuen Vereinbarungen erhält, ist unbestimmt. Von dieser der Verbandsleitung bereitgestellten Zeitung ist jedem einzelnen Kollegen ein Exemplar nach seinem Grundlohnverdienst in Goldmarkwerten, der auf der Zahl der geleisteten Stunden multipliziert wird. Der Akkordarbeiter berechnet sich der Verdienst (nachdem die Akkordsätze um ein Goldbeträchtliches umgestellt, d. h. der Leistung des Betriebs entsprechenden Arbeitszeit. Die Umrechnung im Gesamten von Goldmarkwert auf Papiermark erfolgt in der Weise, daß jeden Tag der tatsächlichen Zahlung an der Berliner Börse amtlich notierten Dollarbriefkurse, jedoch nur für den Zeit des ausgezahlten Lohnes, der in Papiermark ausgezahlt werden soll. Der jeweilige Zeit der Zwischenzahlung bildet den Wert einer Goldmark: den Wert des Goldpfennigs ist berechnet findet man, wenn man den der Goldmarksumme ist durch 100 Stellen teilt. Der in Papiermark auch jeweilige Betrag ist um 20 Prozent zu erhöhen, und dieser Betrag ein Wochenlohn für Gesellen, Zuschneider, Stanzer, Stepper und Pfleger.

Die Tabelle der Wochenlohnsätze ist so, wie sie uns zugesandt wurde, in der heutigen Nummer veröffentlicht worden. Die Arbeiter Kategorie ist faktisch tot, doch sie einen Facharbeiter entbehrt: Der Stundenlohn in der Stufe der Tabelle für Ortsklasse 3 muß auf „36,00" berechnet werden: die nächsten Zahlen Nummer.

Schuharbeiter-Epidemie.

In Sachsen wurde verordnet, für die am 15. November beginnende Lehrlingswoche neue einzelne Lehrgänge zu jeder Lehrer Stundenzahl in den vier Lehrjahren 20 bzw. 200 bzw. 196 bzw. 196 Lehrstunden Lehrl. von 40 ab ist Goldmarkberechnung vorgesehen. — Für Schuhmacher-Lehrlinge ist ab 12. November ein Lohn von 45 Goldpfennig. Die Lehrlingsbezüge erfolgt laut Abmachung am Dienstag und Freitag in der Weise, daß entweder Tarifsatz von Montag bezw. Donnerstag. — Für Bäckerlehrlinge (Bäckerei) ist die Forderung auf Goldlohn eingereicht. Vom 4. bis 10. November gilt noch nach Reichsmark ein Lohn von 62,00 Pfennig.

Mecklenburg ist die Gesellenforderung ebenfalls eingereicht. Vom 4. bis 10. November gilt noch dem Schiedsspruch des Reichsamtes ein Lohn in der Stufe von 40,200 Milliarden.

Soldatenbezüge Dienstsend.

Der Wochenbeitrag beträgt im November 5 Milliarden Mark. Die Sterbeunterstützung beträgt danach je nach Mitgliedschaftsdauer: bis 1 Jahr: 500 Milliarden, nach 1 Jahr: 2 Millionen Mark, nach 2 Jahren 3 Millionen, nach 3 Jahren 4, nach 4 Jahren 5, nach 7 Jahren 6, nach 10 Jahren 8, nach 15 Jahren 9 und nach 20 Jahren 11 Millionen Mark. § 6 und 7 wird dahingehend geändert.

Für die Redaktion: J. A.: Dinges.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes

Wir machen unsere Mitglieder darauf aufmerksam daß für die Woche vom 26 November bis 1 Dezember 1923 der 40 und für die Woche vom 2. bis 8. Dezember der 49. Wochenbeitrag fällig ist.

Genehmigung von wöchentlichen Extrabeiträgen.

Auf Grund des § 6, Ziffer 1, des Statuts wird den nachstehenden Zahlstellen die Erhebung von Extrabeiträgen in der angegebenen Höhe genehmigt:

Zeitzen, ab 44. Beitragswoche: 1 Milliarde Mark. Eppendorf, ab 46. Beitragswoche: 5 Prozent des jeweiligen Grundbeitrages der 2. Klasse, mindestens, ab 46. Beitragswoche: 10 Prozent des jeweiligen Grundbeitrages der 1. Klasse. Kaffel, ab 46. Beitragswoche: 5 Prozent des jeweiligen Grundbeitrages. Breslau, ab 46. Beitragswoche: 3 Milliarden. Wöhrden, ab 46. Beitragswoche: 10 Prozent des jeweiligen Grundbeitrages der 1. Klasse in einer Gesamtsumme. Mainz, ab 46. Beitragswoche: 10 Prozent des jeweiligen Grundbeitrages in allen Ortsklassen.

Die Mitglieder genannter Zahlstellen machen wir hiermit aufmerksam, daß die Nichtzahlung dieser Lokalbeiträge die Folgen des § 8 Absatz 4 nach sich zieht.

Nürnberg, den 26. November 1923. Der Vorstand.

Einstellung der Unterstützungen. Kündigung von Verbandsangestellten.

Die Entwicklung der Finanzverhältnisse des Verbandes hat den Vorstand im Einvernehmen sämtlicher Beiratsmitglieder veranlaßt, einschneidende Sparmaßnahmen eintreten zu lassen. Es wurde beschlossen

mit Wirkung vom 1. Dezember ab, die Zahlung von Unterstützungen auf der Reise, bei Arbeitslosigkeit, bei Krankheit, ferner die Unterstützung an Witwenrinnen, bei Umzügen und in Sterbefällen bis auf weiteres einzustellen.

Außerdem hat zu Personalkündigungen entschieden und im Hauptbureau geschritten werden müssen und zwar insoweit als die Voraussetzungen der seinerzeitigen Anstellung bei den betreffenden Kollegen nicht mehr, oder doch nicht mehr voll vorliegen. Es zeigt sich als unerläßlich, ohne diese seit Jahren bewährten Kräfte die Arbeiten zu bewältigen. Im übrigen haben im Verwaltungswesen überall aus Ersparnisrücksichten Einschränkungen Platz greifen müssen, worunter auch schon seit längerer Zeit bestehende ganz wesentliche Einschränkungen in der Tablenberechnung und Gehaltszahlung fallen.

Es mangelnden Ersatzkräften Mitarbeiten wie es werden, so muß doch gesagt werden, daß in anderen Organisationen diese Schritte schon seit längerer Zeit unternommen werden mußten. Obschon wir nicht, wie andere Verbände, unter dieser Geschäftsschädigung Doppelbeiträge erheben können, haben beispielsweise in Bezug auf Doppelbeiträge erhoben können, haben beispielsweise in Bezug auf Doppelbeiträge erhoben können, haben beispielsweise in Bezug auf die Einschränkungen Kassenleistungen bezahlen, wie in manchen anderen Organisationen. Bezüglich der Unterstützungen sind nun aber doch auch bei uns die gleichen Maßnahmen notwendig geworden, denn die Einnahmen aus den Beiträgen sind infolge der Arbeitseinschränkung so gering, daß diese Maßnahmen zur Unmöglichkeit geworden sind. Rechtsschutz, Streik- und Maßregelungsunterstützung bleiben bestehen. Alle übrigen Unterstützungen auch bei laufenden Unterstützungsfällen werden mit dem 1. Dezember eingestellt. Während der Zeit der Arbeitslosigkeit oder Krankheit ist das betreffende Mitglied selbstverständlich von den Beiträgen befreit.

Von einigen Orten wurden und vor mehreren Wochen schon Vorschläge gemacht, die Unterstützungen bis auf Weiteres außer Kraft zu setzen, da die Abbrechung mancher Unterstützung mehr Zeitversäumnis und Unkosten verursacht, als der Betrag ausmacht. Es trifft in auch zu, daß die Unterstützungsätze bei der sprunghaften Geldentwertung kaum noch in Betracht kommen. Berechnen sich doch die Arbeitslosenunterstützungen in der letzten Novemberwoche immer noch nach Millionen, selbst in der höchsten Klasse, obschon die Militärbehörde längst das kleinste Geld ist. Die Auszahlung der Auszahlung dieser Unterstützungen wurde so lange als nur möglich hinausgezögert, muß nun aber doch ergriffen werden. Vorstand und Beirat dürften wohl erwarten, daß jedes Mitglied sich einmal näher um die Sach-age kümmert, und daß die Gründe, die zu dieser gewissermaßen zwangsläufigen Notmaßnahme geführt haben, gewürdigt werden. Einmal dürfte die Krisis doch überwunden werden, sodaß dann auch wieder auf die alten Bedingungen zurückgegriffen werden kann.

Literarisches.

Der Aufsatz gegen den Schuhmacherstreik. Eine Reihe in der Zeitschrift „Die Deutsche Wirtschaft" erschienener Aufsätze, gesammelt und mit Geleitwort des Verfassers, Herrn Prof. Lujo Brentano, herausgegeben, Berlin SO. 16, 1923, Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Grundpreis 0,40 mal Sachsenfaktor. Für jeden Gewerkschaftsmitglied sehr lesenswert.

E. Vögtle, Berlin N. 54
Totbringer Straße 68
Generalvertretung der Firma Johannes Dum Offenbach. Lederwaren, für Berlin, Brandenburg, Pommern und Mecklenburg.

Amtliche Vertretungen für Fand- u. mechan. Arbeit.
Genf. Gebr. Schwarzkopf Meister. Marke „Lochsch".
Spezialität: Herrenschuhe Hans Hermann Lauenburg.

Druck: Fränkische Verlagsanstalt & Druckerei GmbH. — Nürnberg. — Verlag: Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands (Z. Simon) Nürnberg, Ostermannstraße 1.